

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	13
I. Einführung	13
II. Gegenstand der Untersuchung	15
III. Gang der Untersuchung	19
B. Grundlagen: friedenssichernde Militäreinsätze – menschenrechtliche Bindungen – völkerrechtliche Verantwortlichkeit	21
I. Friedenssichernde Militäreinsätze	21
1. Definition und Qualifikation friedenssichernder Militäreinsätze	21
2. Die Besonderheit friedenssichernder Militäreinsätze: kollektive Sicherheit	27
a) Friedenssichernde Militäreinsätze unter der Führung von I.O.	28
aa) UN-geführte und -mandatierte friedenssichernde Militäreinsätze	29
bb) NATO-geführte friedenssichernde Militäreinsätze	33
cc) EU-geführte friedenssichernde Militäreinsätze	37
b) Wesentliche Merkmale friedenssichernder Militäreinsätze im Rahmen der kollektiven Sicherheit	41
II. Menschenrechtliche Bindungen	42
1. Vertraglicher internationaler und regionaler Menschenrechtsschutz	42
2. Völkergewohnheitsrechtlich geltende Menschenrechte und Menschenrechte im Rang von <i>ius cogens</i> -Normen des allgemeinen Völkerrechts	51
3. Menschenrechtsbindung der Staaten	53
4. Menschenrechtsbindung I.O.	56
5. Geltung der Menschenrechte außerhalb der eigenen Staatsgrenzen	62
6. Konkurrenzkonflikte, insbesondere mit dem HuV	67
7. Kollisionskonflikte	73
III. Die Verantwortlichkeit von Staaten und I.O. für das Streitkräftehandeln nach den allgemeinen Regeln der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	75
1. Einführung zur völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	75
2. Sind die allgemeinen Regeln der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit anwendbar?	77
3. Wesentliche Elemente der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	79
a) Die völkerrechtliche Pflichtverletzung	80
b) Die Völkerrechtsfähigkeit des Individuums	81

c) Zurechnung nach den allgemeinen Regeln der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	82
aa) Zurechnung bei NATO-geführten Einsätzen am Beispiel von KFOR	90
bb) Zurechnung bei EU-geführten Einsätzen am Beispiel von ATALANTA	97
cc) Zurechnung bei UN-geführten Einsätzen am Beispiel von MINUSMA	99
dd) Zurechnung bei UN-mandatierten Einsätzen am Beispiel von KFOR	101
ee) Doppelte Zurechnung	104
ff) Zwischenergebnis zu c)	106
d) Gemeinsame Verantwortlichkeit von I.O. und Entsendestaat ..	108
IV. Fazit zu Kapitel B.	112
C. Der bestehende gerichtliche Rechtsschutz im Falle von Menschenrechtsverletzungen durch Streitkräfte in friedenssichernden Militäreinsätzen	114
I. Geltung der Menschenrechte im friedenssichernden Militäreinsatz ...	115
II. Immunität	121
1. Staatenimmunität	121
2. Immunität von I.O.	142
3. Nichtjustiziabilität militärischer Handlungen (= <i>judicial self-restraint</i>)	155
III. Zurechnung	167
IV. Mittelbarer Rechtsschutz gegen Akte einer I.O.	197
1. Verantwortlichkeit der Staaten bei der Übertragung von Kompetenzen auf eine I.O.	198
2. Verhältnis zwischen den menschenrechtlichen Verpflichtungen der Staaten und den Verpflichtungen aus der internationalen Kooperation	216
a) Prüfungszuständigkeit	216
b) Prüfungsumfang	231
V. Fazit zu Kapitel C.	239
D. Eine neue gerichtsförmige Rechtsschutzmöglichkeit bei der Verletzung von Menschenrechten durch Streitkräfte in friedenssichernden Militäreinsätzen?	240
I. Notwendigkeit einer neuen Rechtsschutzmöglichkeit	240
1. Reicht bestehender Rechtsschutz aus?	241
2. Ändert sich etwas durch neuen Rechtsschutz?	257
II. Alternativen, um diesen effektiven Rechtsschutz zu ermöglichen	260
1. Klassisches völkerrechtliches Instrument – diplomatischer Schutz ..	260
2. Eingliederung bei einer bestehenden Rechtsschutzinstanz	263
3. Errichtung eines internationalen Gerichts	264

III.	Die gerichtsformige Rechtsschutzinstanz – eingerichtet nach Modell für den jeweiligen Einsatz im Krisengebiet selbst	265
IV.	Für und Wider der hier vorgeschlagenen gerichtsformigen Rechtsschutzinstanz	267
1.	Kann mit einer neuen gerichtsformigen Rechtsschutzinstanz effektiver Rechtsschutz erreicht werden?	268
2.	Rechtspolitische Bedingungen	275
3.	Rechtliche Hindernisse	281
4.	Rechtliche Pflicht, effektiven Rechtsschutz zu gewähren	282
a)	Pflicht der Staaten, effektiven Rechtsschutz zu gewähren	285
b)	Pflicht der I.O., effektiven Rechtsschutz zu gewähren	285
c)	Zwischenergebnis zu 4.	290
V.	Fazit zu Kapitel D.	291
E.	Konkretisierung des Modellstatuts der gerichtsformigen Rechtsschutzinstanz	292
I.	Konstituierung der gerichtsformigen Rechtsschutzinstanz	292
1.	Einbindung in das Mandat	292
2.	Vorbehalte gegenüber der gerichtsformigen Rechtsschutzinstanz ..	293
3.	Beginn, Dauer und Ende der Tätigkeit der gerichtsformigen Rechtsschutzinstanz	294
4.	Personelle Besetzung der gerichtsformigen Rechtsschutzinstanz ..	294
5.	Verwaltungsabteilung	296
II.	Finanzierung der gerichtsformigen Rechtsschutzinstanz	297
1.	Allgemein	297
2.	Haushalt und Kosten des Verfahrens	298
3.	Treuhandfonds	299
III.	Allgemeine prozessuale Aspekte der gerichtsformigen Rechtsschutzinstanz	299
1.	Amtssprachen und Übersetzungsmittel	299
2.	Mündliche und öffentliche Verhandlung	301
3.	Begründung der Entscheidung	302
4.	Transparenz	302
5.	Beratung über Entscheidung und Entscheidungsquorum	303
IV.	Zuständigkeit der gerichtsformigen Rechtsschutzinstanz	303
1.	Räumlich und zeitlich	303
2.	Persönlich	304
3.	Sachlich	306
V.	Grundlagen für das Verfahren und die Entscheidungsfindung	309
1.	Zulässigkeit einer Klage	309
2.	Tatsachenfeststellung	311
a)	Amtsermittlungsgrundsatz	312
b)	Befugnisse für die Tatsachenfeststellung	313
c)	Beweiserhebung und zulässige Beweismittel	314

d) Beweiswürdigung und Beweismaß	315
e) Darlegungs- und Beweislast	319
f) Zwischenergebnis zu 2.	324
3. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	325
4. Mehrheit von völkerrechtlich verantwortlichen Staaten und I.O. ..	325
5. Kollisionen	337
6. Konkurrenzen	337
7. Rechtfertigung und Beurteilungsspielraum	339
VI. Inhalt des Wiedergutmachungsanspruchs der gerichtsförmigen Rechts- schutzinstanz	341
1. Restitution	342
2. Rehabilitierung	343
3. Genugtuung	344
4. Entschädigung (materieller und immaterieller Schaden)	345
5. Zwischenergebnis zu VI.	347
VII. Vorläufige Maßnahmen	348
VIII. Wiederaufnahme des Verfahrens und Rechtsmittelinstanz	349
IX. Die Wirkung der Entscheidungen der gerichtsförmigen Rechtsschutz- instanz	350
1. Grundsätzliche Wirkung der Entscheidungen	350
2. Umsetzung und Überwachung der Entscheidungen	350
3. Folgen der Nichtumsetzung	351
a) Säumniszinsen	351
b) Verfahren wegen Nichtumsetzung, inklusive Geldbuße	352
X. Verhältnis der gerichtsförmigen Rechtsschutzinstanz zu anderen Gerichten	353
XI. Entwurf eines Modellstatuts für eine gerichtsförmige Rechtsschutz- instanz	356
F. Schluss	366
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	366
II. Ausblick	379
Literaturverzeichnis	382
Stichwortverzeichnis	408